

Das Abänderungsverfahren im Unterhaltsrecht

Änderung der Verhältnisse – Präklusion –
Bindungswirkung – Störung der Geschäftsgrundlage

von

Dr. Jürgen Soyka

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

3., völlig neu bearbeitete Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter
[ESV.info/978 3 503 12034 5](http://ESV.info/978%203%20503%2012034%205)

1. Auflage 2001
2. Auflage 2005
3. Auflage 2010

Die Voraufagen erschienen unter dem Titel
„Die Abänderungsklage im Unterhaltsrecht“

ISBN 978 3 503 12034 5

Alle Rechte vorbehalten
© Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG, Berlin 2010
www.ESV.info

Dieses Papier erfüllt die Frankfurter Forderungen
der Deutschen Nationalbibliothek und der Gesellschaft für das Buch
bezüglich der Alterungsbeständigkeit und entspricht sowohl den
strengen Bestimmungen der US Norm Ansi/Niso Z 39.48-1992
als auch der ISO Norm 9706.

Gesetzt aus der Stempel Garamond 10/12 pt

Satz: multitext, Berlin
Druck und Bindung: Hubert & Co., Göttingen

Vorwort zur dritten Auflage

Die dritte Auflage dieses Buches berücksichtigt Neuerungen, die sich durch das FamFG für Abänderungsverfahren ergeben. Diese betreffen nicht nur die Abänderungsanträge gegen Unterhaltsentscheidungen, Vergleiche bzw. sonstige Vereinbarungen und Jugendamtsurkunden, sondern auch den einstweiligen Rechtsschutz, das vereinfachte Verfahren und die Unterhaltsfestsetzung in einem Abstammungsverfahren. Die seit der zweiten Auflage bis Juni 2010 ergangene Rechtsprechung ist eingearbeitet. Die Beispielsfälle und Praxishinweise sollen dabei helfen, Fehler bei der Abänderung, aber auch Errichtung von Unterhaltstiteln zu vermeiden. Wegen der besonderen praktischen Bedeutung befasst sich das Buch vertieft mit den Abänderungsmöglichkeiten aufgrund des neuen Unterhaltsrechts, wie z.B. Unterhaltsbegrenzung und Betreuungsunterhalt. Dabei wurde wie in den Voraufgaben viel Wert darauf gelegt, die Strukturen des Abänderungsverfahrens herauszuarbeiten und die unterschiedliche Problematik in diesem Konzept systematisch zu erfassen. Der Aufbau des Buches orientiert sich nach wie vor an einer praxisorientierten Vorgehensweise bei der Bearbeitung von Abänderungsverfahren. Daher ist es sowohl als Lehrbuch als auch als Nachschlagewerk geeignet.

Krefeld, im Juli 2010

Der Verfasser

Vorwort zur ersten Auflage

Die Bearbeitung von Abänderungsklagen nimmt in der unterhaltsrechtlichen Praxis einen immer größeren Raum ein. Häufig ist jedoch festzustellen, dass die mit Abänderungsklagen zu erreichenden Erfolge überschätzt werden. Dem Verfasser dieses Buches ist es ein besonderes Anliegen, die Ursachen dieser Fehleinschätzungen zu beseitigen. Dazu bedarf es bei Urteilen einer klaren Abgrenzung der Begriffe wie Änderung der Verhältnisse, Präklusion und Bindungswirkung und einer eingehenden Erläuterung ihrer Bedeutung. Zudem werden auch die Vorteile der Anwendung der Grundsätze der Geschäftsgrundlage für titulierte Unterhaltsvereinbarungen verkannt. Der Umstand, dass die Präklusionswirkung nicht durchgreift, fällt kaum ins Gewicht. Besondere Probleme bereitet die Abänderung von nicht titulierten

Vorwort

Unterhaltsvereinbarungen, von denen sich die Parteien nicht ohne weiteres lösen können. Aufgezeigt wird, wann eine Nachforderungsklage und wann eine Änderung nach den Regeln der Geschäftsgrundlage in Betracht kommt. Insbesondere werden auch die Gefahren behandelt, die sich aus der Darlehnungsnot eines Abänderungsklägers ergeben, wenn eine titulierte oder nicht titulierte Unterhaltsvereinbarung keine Grundlagen enthält. Dieses Buch versucht, Probleme der Abänderungsklage mit einem klaren strukturierten Aufbau in den Griff zu bekommen. Das Konzept wird aber nicht nur durch eine systematische Erfassung der Problematik, sondern auch durch zahlreiche Beispiele transparent gestaltet. Das Buch orientiert sich dabei an der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs, die häufig in ihrer Bedeutung verkannt wird.

Krefeld, im Juni 2001

Der Verfasser

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur dritten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	5
Abkürzungsverzeichnis	15
A. Allgemeine Grundsätze des Abänderungsverfahrens .	17
1. Abänderungsbedarf	17
2. Abänderungsvorschriften	18
3. Abänderungszweck	19
4. Rechtsnatur des Abänderungsverfahrens	21
5. Wirkung der Abänderungsentscheidung	21
5.1 Bestätigungstheorie	21
5.2 Billigkeitstheorie	22
5.3 Bindungstheorie	22
5.4 Eigene Stellungnahme	22
6. Verfahrensgegenstand	23
7. Der Abänderung unterliegende Regelungen	24
7.1 Gerichtliche Titel	24
7.1.1 Unterhaltsbeschlüsse	24
7.1.2 Beschlüsse im vereinfachten Verfahren	24
7.1.3 Titel im einstweiligen Rechtsschutz	24
7.2 Titulierte Unterhaltsvereinbarungen	25
7.3 Titulierte einseitige Verpflichtungserklärungen	25
7.4 Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen	26
7.5 Verfahrensrechtliche Anerkenntnisse	26
8. Vollstreckungsrechtliche Folgen der Abänderungs- entscheidung	27
B. Zulässigkeit des Abänderungsantrages	29
1. Statthaftigkeit	29
1.1 Abgrenzung zum Erstantrag	29
1.1.1 Nachforderungsantrag	29
1.1.2 Antragabweisender Erstbeschluss	31
1.1.3 Abänderungsbeschluss auf Wegfall der Unterhaltsverpflichtung	31

Inhaltsverzeichnis

1.1.4	Prozessvergleich auf Wegfall der Unterhalts- verpflichtung	32
1.1.5	Unterhaltsverzicht	32
1.1.6	Sonderbedarf/Mehrbedarf	32
1.1.7	Altersvorsorgeunterhalt	34
1.1.8	Befristete Unterhaltsvereinbarungen/Prozessvergleiche .	35
1.1.9	Die Abänderung ablehnender Beschluss	36
1.2	Abgrenzung zum Vollstreckungsgegenantrag	36
1.2.1	Zweck des Vollstreckungsgegenantrages	36
1.2.2	Zweck des Abänderungsantrages	37
1.2.3	Abgrenzungserfordernis	37
1.2.4	Abgrenzungskriterien	38
1.2.4.1	Beispiele für den Vollstreckungsgegenantrag	39
1.2.4.2	Beispiele für den Abänderungsantrag	41
1.2.4.3	Zweifelsfälle	42
1.2.5	Konkurrenzverhältnis	45
1.2.6	Auslegung oder Umdeutung, Antragsänderung	46
1.3	Abgrenzung zum negativen Feststellungsantrag	47
1.4	Abgrenzung zu Rückforderungs- und Schadens- ersatzanträgen	49
1.4.1	Antrag auf Rückforderung zu viel gezahlten Unterhalts	49
1.4.2	Schadensersatzantrag	50
1.5	Titel auf Kapitalabfindung	50
2.	Allgemeine Verfahrensvoraussetzungen	51
2.1	Örtliche Zuständigkeit	51
2.2	Sachliche Zuständigkeit	52
2.3	Zuständigkeit nach der Geschäftsverteilung	53
2.4	Anwaltszwang	53
2.5	Beteiligtenidentität	53
3.	Besondere Verfahrensvoraussetzungen	55
3.1	Rechtsschutzinteresse	55
3.1.1	Beginn	55
3.1.1.1	Abgrenzungen bei möglicher Beschwerdeeinlegung	56
3.1.1.2	Abgrenzungen bei bereits eingelegtter Beschwerde	57
3.1.2	Wegfall des Rechtsschutzinteresses	59
3.1.3	Sonstige das Rechtsschutzinteresse beeinflussende Umstände	59
3.2	Behauptung einer wesentlichen Änderung	60
3.3	Identität des Verfahrensgegenstandes	62
4.	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	63

Inhaltsverzeichnis

C.	Formulierung der Anträge	65
1.	Titel	65
1.1	Mehrforderungen	65
1.1.1	Erstinstanzliche Entscheidungen	65
1.1.2	Zweitinstanzliche Entscheidungen	65
1.1.3	Abänderungsbeschluss	65
1.1.4	Nicht rechtskräftfähige Titel	65
1.2	Herabsetzung des Unterhalts	66
1.3	Wegfall der Unterhaltsverpflichtung	66
2.	Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen	66
2.1	Mehrforderung	66
2.2	Herabsetzung oder Wegfall des Unterhalts	66
3.	Verfahrensanträge bei Zusatzbegehren und Bestehen eines Unterhaltstitels	66
4.	Verfahrensanträge bei verfahrenrechtlicher Auskunftspflicht	67
D.	Begründetheit des Abänderungsantrages	69
1.	Unterhaltsbeschlüsse	69
1.1	Verpflichtung zu künftig fällig werdenden wiederkehrenden Leistungen	69
1.2	Wesentliche Veränderung der Verhältnisse	69
1.2.1	Verhältnisse	70
1.2.1.1	Definitionen der Verhältnisse	70
1.2.1.2	Ermittlung der Verhältnisse	70
1.2.1.2.1	Beschlüsse mit Entscheidungsgründen	70
1.2.1.2.2	Beschlüsse ohne Entscheidungsgründe	70
1.2.1.2.2.1	Versäumnisbeschluss	71
1.2.1.2.2.2	Anerkenntnisbeschluss	72
1.2.2	Änderung der tatsächlichen Verhältnisse	74
1.2.3	Wesentlichkeit	74
1.2.3.1	Nachhaltigkeit	74
1.2.3.2	Auswirkungen der Änderung auf den Unterhalt	76
1.2.3.2.1	Beeinflussung der Unterhaltsschuld	76
1.2.3.2.2	Wesentlichkeitsgrenze	78
1.2.4	Beweislast	79
1.2.5	Beispiele für Abänderungsgründe (alphabetisch geordnet)	81
1.3	Präklusion nach § 238 Abs. 2 FamFG	101
1.3.1	Zeitgrenze	101
1.3.2	Entstehung der Abänderungstatsachen	103

Inhaltsverzeichnis

1.3.3	Verschulden	103
1.3.4	Entstehungszeitpunkt	104
1.3.5	Relevanz der Alt Tatsachen im Ausgangsverfahren	105
1.3.6	Billigkeitsgesichtspunkte	107
1.3.7	Spätere Beweisbarkeit von Tatsachen	108
1.3.8	Alt Tatsachen beim Versäumnisbeschluss	109
1.3.9	Alt Tatsachen beim Anerkenntnisbeschluss	110
1.3.10	Mehrere aufeinander folgende Abänderungsanträge	111
1.3.11	Alt Tatsachen zur Verteidigung des Unterhalts- beschlusses	114
1.4	Bindungswirkung	115
1.4.1	Entscheidungsgrundlage	117
1.4.2	Umfang der Bindungswirkung	117
1.4.2.1	Tatsachen	117
1.4.2.2	Die den Tatsachen zugrunde liegenden Wertungen	118
1.4.2.3	Rechtliche Verhältnisse	120
1.4.2.4	Hilfsmittel zur Feststellung des Unterhalts	121
1.4.2.5	Fehlerkorrekturen aus Billigkeitsgründen	124
1.4.2.6	Fehlerkorrekturen bei Anwendung verfassungs- widriger Normen	126
1.4.2.7	Bindungswirkungen bei Beweisfähigkeit	126
1.4.2.8	Fehlerkorrekturen zur Verteidigung des Titels	126
1.5	Abänderungsbeginn gem. § 238 Abs. 3 FamFG	128
1.5.1	Normzweck	129
1.5.2	Abänderungsbegehren auf höheren Unterhalt	129
1.5.2.1	Auskunft	130
1.5.2.2	Verzug	131
1.5.3	Abänderungsverlangen auf Herabsetzung des Unterhalts	131
1.5.3.1	Antragszustellung	131
1.5.3.2	Bedeutung eines Verfahrenskostenhilfeantrages	132
1.5.3.3	Vorwirkung im Falle der Anschlussbeschwerde	133
1.5.3.4	Nachträgliche Abänderungsvereinbarungen	134
1.5.3.5	Berücksichtigung von Billigkeitsgesichtspunkten	135
1.6	Aufbau der Abänderungsanträge	137
2.	Prozessvergleiche, notarielle Unterhaltsvereinbarungen und Anwaltsvergleiche	138
2.1	Vollstreckungstitel	138
2.1.1	Gerichtliche Vergleiche	138
2.1.2	Notarielle Vereinbarungen	140
2.1.3	Anwaltsvergleiche	140
2.2	Abänderungsvereinbarungen	140

Inhaltsverzeichnis

2.3	Abänderungsgrundlage	141
2.3.1	Abänderung eines Prozessvergleichs, eines Anwaltsvergleichs oder einer notariellen Vereinbarung durch Beschluss	141
2.3.2	Mehrere zeitlich aufeinander folgende Abänderungsvereinbarungen	142
2.3.3	Vergleiche, Anwaltsvergleiche oder notarielle Vereinbarungen, die eine vorausgegangene Entscheidung bestätigen	142
2.3.4	Abweisung eines auf Änderung eines Vergleiches oder einer notariellen Vereinbarung gerichteten Abänderungsantrages	143
2.3.5	Rücknahme des Rechtsmittels gegen einen Unterhaltsbeschluss im Wege des Prozessvergleichs	143
2.3.6	Abgewiesener Leistungsantrag trotz Vergleichs oder notarieller Vereinbarung	144
2.3.7	Erfolgreicher Leistungsantrag trotz Vergleichs oder notarieller Vereinbarung	144
2.4	Zulässigkeit des Abänderungsantrages	145
2.5	Begründetheit des Abänderungsantrages	145
2.5.1	Das Institut des Wegfalls der Geschäftsgrundlage als Rechtsgrundlage für die Abänderung	145
2.5.1.1	Geschäftsgrundlagen	146
2.5.1.1.1	Titel mit Grundlagen	146
2.5.1.1.2	Titel ohne Grundlagen	150
2.5.1.1.2.1	Nicht niedergelegte streitige Grundlagen	150
2.5.1.1.2.2	Bei den Beteiligten nicht mehr bekannte Grundlagen ...	151
2.5.1.1.2.3	Bewusster Verzicht auf Grundlagen	152
2.5.1.2	Störungen der Geschäftsgrundlage	153
2.5.1.3	Wesentlichkeit der Änderung	154
2.5.2	Präklusion	155
2.5.3	Verschweigen von unterhaltsrechtlich relevanten Umständen	155
2.5.4	Bindungswirkung	157
2.5.4.1	Bindung an den Parteiwillen	157
2.5.4.2	Freie Neuberechnung des Unterhalts	160
2.6	Beweislast	161
2.7	Abänderungszeitraum	162
2.7.1	Abänderungszeitpunkt nach den Regeln des Fehlens oder der Änderung der Geschäftsgrundlage	162
2.7.1.1	Abänderungsbegehren auf Unterhaltserhöhung	164
2.7.1.2	Änderungsbegehren auf Herabsetzung des Unterhalts .	164

Inhaltsverzeichnis

2.7.2	Vereinbarter Abänderungsbeginn	165
3.	Abänderung von Jugendamtsurkunden und notariellen Schuldanerkenntnissen	165
3.1	Vollstreckungstitel	165
3.1.1	Notarielle Schuldanerkenntnisse	166
3.1.2	Jugendamtsurkunden	166
3.2	Rechtsnatur	166
3.3	Abänderungsvoraussetzungen	166
3.3.1	Abänderungsbegehren des Unterhaltsverpflichteten	167
3.3.1.1	Geltendmachung einer Änderung der Geschäfts- grundlage	168
3.3.1.2	Fehlen der Geschäftsgrundlage	168
3.3.2	Abänderung durch den Unterhaltsberechtigten	170
3.3.3	Wesentlichkeit der Änderung	174
3.3.4	Präklusion	174
3.3.5	Anpassung der Schuldurkunde	174
3.3.6	Beweislast	175
3.3.7	Abänderungszeitraum	175
4.	Abänderung verfahrensrechtlicher Anerkenntnisse	175
4.1	Begriff des Anerkenntnisses	175
4.2	Wirksamkeit des Anerkenntnisses	175
4.3	Wirkung des Anerkenntnisses	176
4.4	Beseitigung des Anerkenntnisses	176
4.4.1	Widerruf	176
4.4.2	Abänderungsgrund gem. § 238 FamFG	177
5.	Abänderung nicht titulierter Unterhaltsvereinbarungen .	178
5.1	Bestehen einer Unterhaltsvereinbarung	179
5.2	Störung der Geschäftsgrundlage	179
5.3	Beweislast	181
6.	Abänderung von Titeln im vereinfachten Verfahren und Vaterschaftsfeststellungsverfahren	181
6.1	Rechtsgrundlagen und Inhalt des vereinfachten Verfahrens	181
6.2	Abänderungsantrag gem. § 240 FamFG	183
6.2.1	Normzweck	183
6.2.2	Unterschiede zum Abänderungsantrag gem. § 238 FamFG	183
6.2.3	Anwendungsbereich	184
6.2.4	Abänderungsbeginn	184
6.2.4.1	Abänderungsbegehren des Unterhaltsverpflichteten	184

Inhaltsverzeichnis

6.2.4.2	Abänderungsbegehren des unterhaltsberechtigten Kindes	185
6.2.5	Einheitliche Entscheidung	186
6.3	Unterhaltsfestsetzung im Vaterschaftsfeststellungsverfahren	186
6.3.1	Anwendungsbereich	186
6.3.2	Voraussetzungen für die Abänderung nach § 240 FamFG	186
7.	Abänderung von Titeln im einstweiligen Rechtsschutz ..	187
7.1	Abänderungsmöglichkeiten bei einstweiligen Anordnungen	187
7.1.1	Antrag auf mündliche Verhandlung gemäß § 54 Abs. 2 FamFG	187
7.1.2	Abänderungsantrag nach § 54 Abs. 1 FamFG	187
7.1.3	Leistungsantrag	188
7.1.4	Antrag nach § 52 Abs. 2 FamFG	188
7.1.5	Negativer Feststellungsantrag	189
7.1.6	Rückforderung zu viel gezahlten Unterhalts	189
7.2	Vergleiche	191
8.	Einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung	192
8.1	Voraussetzungen	192
8.2	Entscheidung	193
8.3	Sicherheitsleistung	193
8.4	Anfechtung	193
8.5	Konsequenzen aus einer ablehnenden Entscheidung ...	194
9.	Effektive Rückforderung zuviel gezahlten Unterhalts ..	194
10.	Abänderungsentscheidung	194
10.1	Entscheidungen und sonstige Titel	194
10.1.1	Hauptsacheentscheidung	194
10.1.2	Kosten	195
10.1.3	Vollstreckbarkeit	195
10.1.4	Verfahrenswert	196
10.2	Nicht titulierte Unterhaltsvereinbarungen	196
10.2.1	Leistungsantrag auf höheren Unterhalt	196
10.2.2	Feststellungsantrag auf Herabsetzung oder Wegfall des Unterhalts	197
10.2.3	Nebenentscheidungen	197
10.2.3.1	Leistungsanträge	197
10.2.3.2	Feststellungsanträge	197
11.	Abänderung ausländischer Unterhaltstitel	197
11.1	Voraussetzungen der Abänderbarkeit	197

Inhaltsverzeichnis

11.1.1	Internationale Zuständigkeit	198
11.1.2	Anerkennung des Titels	198
11.1.3	Abänderbarkeit	198
11.2	Anwendbarkeit des § 238 FamFG	199
11.3	Präklusionswirkung und Abänderungsbeginn nach § 238 Abs. 2 und 3 FamFG	199
11.4	Abänderungsmaßstab	200
11.5	Statutenwechsel	200
	Verzeichnis der verwendeten und weiterführenden Literatur	201
	Stichwortverzeichnis	203